

9b GRW

Aufgaben für die Zeit vom 20. April – 3. Mai 2020.

Wir positionieren uns zu politisch-gesellschaftlichen Themen!

- 1. Erläutere die vorliegende Kritik zur Lage in den USA. Worüber regt sich der Autor auf und mit welcher Begründung?**

- 2. Wie ist deine Meinung? Positioniere dich zu dem Artikel!**

- 3. Schicke deinen Kommentar (maximal eine halbe Seite) per E-Mail an:
Ihardt@schulzentrum.de**

USA - Die Freiheit wird zur Armutsfalle

Mehr als drei Millionen neue Arbeitslose in nur sieben Tagen - das Fünfzehnfache einer normalen Woche, das Vierfache des bisherigen Rekords: Wenn sich noch jemand gefragt haben sollte, wie groß die ökonomischen und sozialen Verwerfungen wohl sein werden, die das Coronavirus in den USA anrichtet, dann hat er jetzt die Antwort. Millionen Menschen verlieren ihren Job, ihren Halt, ihre wirtschaftliche Existenz. Und anders als in Deutschland kann sich niemand auf ein soziales Netz verlassen, das den Sturz ins Bodenlose verhindert.

Schlimmer noch: Wer in den USA entlassen wird, steht oft nicht nur ohne Job da, sondern auch ohne Krankenversicherung. Arbeitslosenhilfe gibt es nur für einige Wochen und auch nur in geringer Höhe. Sind die meist spärlichen privaten Rücklagen aufgebraucht, droht Armut.

Die Regierung hat nach langen Bagatellisierungsversuchen erkannt, dass die Corona-Krise die Wirtschaft und das rudimentäre Sozialsystem des Landes vor die größte Herausforderung seit fast 100 Jahren stellt. Entsprechend hektisch wird nun versucht, das fehlende soziale Netz durch ein Bündel an Einzelmaßnahmen zu ersetzen. Die Arbeitslosenunterstützung wird ausgebaut, Erwachsene erhalten 1200 Dollar vom Finanzamt, Firmen, die auf Entlassungen verzichten, müssen staatliche Kredite nicht zurückzahlen.

All die Beschlüsse sind sinnvoll - eine fehlende Grundstruktur können sie aber nicht ersetzen. Trotz des vereinbarten Zwei-Billionen-Dollar-Hilfspakets wird es weiter Millionen Menschen in den USA geben, die ohne Krankenversicherung, ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ohne Arbeitslosengeld dastehen. Viele coronainfizierte Selbständige und Vertragsarbeiter werden weiter arbeiten gehen, weil ihnen sonst der Ruin droht.

Der Verzicht auf ein echtes Sozialsystem in den USA ist die Kehrseite dessen, was viele Amerikaner unter Freiheit verstehen. Wer die Freiheit hat, eine Firma zu gründen, einen Beruf zu wählen, reich zu werden, der trägt nach dieser Lesart umgekehrt auch die Verantwortung dafür, wenn die Firma in Konkurs geht, der Job wegfällt oder das Konto überzogen ist. Selbst Krankheit ist vor diesem Hintergrund Privatsache, vielleicht frönte der Betroffene ja Lastern oder war einfach nicht fromm genug. Warum, so der Gedanke, sollte der Staat, die Allgemeinheit, für derlei Fehlverhalten einstehen?

Das Coronavirus legt nun die ganze Absurdität dieses Gedankenkonstrukts offen. Es fragt nicht, wie viel Geld man verdient, wer wie oft gebetet und welche Entscheidungen jemand getroffen hat. [...] Das Virus macht Gesunde krank, bringt Beschäftigte um ihren Job, zerstört Existenzien. Wer, wenn nicht der Staat, sollte in einer solchen Situation gefordert sein?

Politiker, die eine Lohnfortzahlung bei Krankheit, eine Basis-Krankenversicherung à la AOK, einen angemessenen Mindestlohn oder Regeln für die Kündigung von Beschäftigten verlangen, werden in den USA oft als Sozialisten beschimpft. Das Coronavirus macht nun deutlich: Wenn von einem Mindestmaß an sozialem Schutz die Rede ist, dann geht es nicht um Sozialismus. Es geht um ein Menschenrecht.